

Bremer Rat für Integration

Niederschrift über die Sitzung am 15.11.2006

Beginn: 17.00 Uhr, Sitzungsende: 20.30 Uhr

Teilnehmer/innen: Siehe Anwesenheitsliste

Nicht anwesend (z.T. entschuldigt):

Ibrahim Akbal, Akondo Ali, Mehmet Altun, Zahra Azad-Aliabadi, Mehmet Bazan, Hannelore Bitter-Wirtz, Maria Cardella, Dr. Suat Celebi, Kamil Görgün, Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu, Eleonore Klaus, Ramanarajah Selvaratnam, Mehmet Ünal

Tagesordnung

1. Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 18.9.2006
3. Vorstellung der Ratsmitglieder Halime Cengiz, Angela Hesse, Dr. Ricarda Knabe
4. Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen; Stand zum 30.6.2006
5. Sachstand zu „Wartezeiten in der Ausländerbehörde Bremen“
6. Kinderbetreuung/Kindergärten/Fortbildung unter migrationsspezifischen Aspekten; Landesverband Evangelischer Kindertagesstätten
7. Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum Nationalen Integrationsplan sowie über die Sitzung der Migrations- und Integrationsbeauftragten der Länder am 25./26.10.2006
8. Verschiedenes

Zu TOP 1 Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Herr Moroff begrüßt die Anwesenden und heißt Herrn Dr. Schuster in seiner neuen Funktion als Staatsrat willkommen. Herr Dr. Schuster übermittelt Grüße von Frau Senatorin Rosenkötter, die sich in der Bremischen Bürgerschaft befindet und daher nicht selbst kommen kann, und erläutert die Zuständigkeitsaufteilung mit Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch. Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch ist für die Ressortteile Arbeit und Gesundheit, Dr. Schuster für die Bereiche Jugend und Soziales einschl. Ausländerintegration zuständig. Dr. Schuster bekräftigt, dass ihm Integration ein besonderes Anliegen sei und sagt dem Bremer Rat für Integration seine weitere Unterstützung und Zusammenarbeit zu.

Auf Nachfrage von Frau Baumann berichtet Herr Dr. Schuster, dass die finanzielle Perspektive des Mädchenhauses (Notaufnahmepplätze) wohl gesichert werden könnte. Eine endgültige Entscheidung im Rahmen von Verhandlungen zu den allgemeinen Notaufnahmepplätzen werde in Kürze gefällt.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 13.9.2006

Frau Irene Baumann stellt fest, dass in der Niederschrift vom 13.9.2006 das Problem der Erleichterung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Migranten fehle. Es wird vereinbart, dass Frau Baumann ihre Änderungswünsche an die Geschäftsstelle gibt; diese werden dem neuen Protokoll als Anhang beigelegt. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 3 Vorstellung der Ratsmitglieder Halime Cengiz, Angela Hesse und Dr. Ricarda Knabe.

Herr Mehmet Altun und Frau Hannelore Bitter-Wirtz, die sich ebenfalls vorstellen sollten, haben sich wegen anderer Verpflichtungen entschuldigt.

Frau Angela Hesse ist seit 2002 als Referentin beim Diakonischen Werk Bremen für verschiedene soziale Arbeitsbereiche sowie für Migration tätig. Sie vertritt im Rat die LAG der Wohlfahrtsverbände. Frau Hesse ist seit 1986 in der Migrationspolitik aktiv und arbeitete in verschiedenen Feldern, z.B. als Leiterin eines Flüchtlingswohnheimes, in der Auswandererberatung und als Migrationsbeauftragte des Landkreises Verden. Sie war aktiv an der Vorbereitung des Bremer Rates für Integration beteiligt. Ihr Interesse ist es, Migration zum Schwerpunkts- und Querschnittsthema im Diakonischen Werk zu machen und an der Weiterentwicklung des Bremer Rates mitzuwirken.

Frau Halime Cengiz ist 40 Jahre alt und kam als 3-jährige im Zuge der Gastarbeiteranwerbung nach Bremen. Nach Abschluss der 10. Klasse im Gymnasium heiratete sie und hat inzwischen drei Kinder im Alter von 20, 16 und 13 Jahren. Frau Cengiz arbeitet ehrenamtlich mit Kitas, Schulen und Sportvereinen; sie hat die Übungsleiterlizenz für Sport mit Migrantinnen erworben. Seit sechs Jahren betreut sie ehrenamtlich die Mädchen-, Frauen- und Dialogarbeit in der Mevlana-Moschee. Im vergangenen Jahr qualifizierte sie sich als Kursleiterin im FIT-Programm. Sie arbeitet eng mit dem Nachbarschaftshaus zusammen, hat bei den Islamwochen mitgewirkt und ist im interreligiösen Dialog engagiert. Sie hofft, mit ihrem Engagement einen Beitrag zur Integration leisten zu können.

Frau Dr. Ricarda Knabe ist seit 2003 Fachbereichsleiterin für „Deutsch als Fremdsprache“ und „Zuwanderer“ an der Bremer VHS. Sie studierte Lehramt und promovierte in Kolumbien. Zeitweise war sie über den DAAD in Mexiko und Rumänien als Lektorin tätig, sowie Lateinamerikareferentin beim Kinderhilfswerk Terre des Hommes. An der Bremer Volkshochschule organisiert und betreut Frau Dr. Knabe mit ihren Kolleginnen rund 170 Veranstaltungen mit rund 2.600 Teilnehmer/innen. Hinzu kommen Aufgaben in den Bereichen „Deutsch lernen im Tandem“, Integrationssprachkurse, Intensivkurse, Spezialkurse sowie Prüfungsvorbereitungen und Prüfungen. Darüber hinaus gibt es rund 40 Angebote im Bereich Zuwanderer in den Zweigstellen wie z.B. Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern, Fit für den Alltag, Kultur und Deutsch-Alphabetisierung. Im Zusammenhang mit dem Umzug der VHS in das neue Veranstaltungszentrum wird auch der Bereich Zuwanderung neu strukturiert (Querschnittsaufgabe). Als Probleme der VHS bezeichnet sie hohe Mittelkürzungen und deren Folgen.

Zu TOP 4 Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen; Stand zum 30.6.2006

Herr Moroff berichtet, dass keine Anmerkungen zur Integrationskonzeption eingegangen sind. Herr Heintze erläutert, dass die Rückmeldungen aus den Ressorts zum 31.12.2006 zu einem Abschlussbericht zusammengefasst würden. Von verschiedenen Anwesenden wird ein Workshop des Rates angeregt, möglichst als Ganztagesveranstaltung, um entsprechende Empfehlungen ausarbeiten zu können, die dann an die Politik gegeben werden sollen. Die Anwesenden verständigen sich ebenfalls darauf, dass am 19.4.2007 eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der bremischen Parteien stattfinden soll (siehe auch TOP 8.).

Zu TOP 5 Sachstand zu „Wartezeiten in der Ausländerbehörde Bremen“

Frau Wessel-Niepel vom Senator für Inneres und Sport berichtet ausführlich über die eingeleiteten Maßnahmen zur Verringerung der Wartezeiten in der Ausländerbehörde. Sie unterlegt ihre Ausführungen mit dem nachstehenden schriftlichen Bericht:

„Die langen Wartezeiten in der Ausländerbehörde sollen durch die Einführung eines Terminmanagements zum 1. Januar 2007 deutlich verringert werden.

Ausländer, deren Aufenthaltstitel bzw. Ausweispapier ab Anfang des Jahres 2007 abläuft, wird ein konkreter Vorsprachetermin angeboten. Sie erhalten von der Ausländerbehörde ca. 7 Wochen vor Ablauf Ihres Aufenthaltstitels bzw. Ausweispapiers einen Brief unter Benennung eines festen Termins. Außerdem wird ihnen mitgeteilt, welche Unterlagen von Ihnen benötigt werden, damit Sie diese zu dem Termin ohne weitere Wege und Zeitverluste gleich mitbringen können.

Die Ausländer, deren Aufenthaltstitel bzw. Ausweispapiere ab Anfang des Jahres 2007 ablaufen, werden gebeten, in diesem Jahr nicht mehr in der Ausländerbehörde vorzusprechen, weil es aus den genannten Gründen nicht nötig ist.

In allen anderen Fällen können die Ausländer zu den Öffnungszeiten montags von 8-12 Uhr und von 14-17 Uhr, dienstags von 9-12 und von 14-15 Uhr (ausschließlich nach vorheriger Terminabsprache) und mittwochs und donnerstags von 8-12 Uhr die Ausländerbehörde aufsuchen.

Sofern es sich nicht um Eilfälle handelt, kann während der o.g. Öffnungszeiten eine Terminabsprache getroffen und so eine längere Wartezeit vermieden werden. Hierfür ist es nicht erforderlich, die Ausländerbehörde vor Beginn der Öffnungszeiten aufzusuchen.

Für die Bearbeitung dringender Eilfälle stehen an den Öffnungstagen ausreichend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Verfügung. Ob es sich um einen Eilfall handelt, wird bei Vorsprache geprüft.“

Auf die Frage, ob alle Familienmitglieder bei jedem Termin mit anwesend sein müssten, was zu diversen Verstimmungen geführt habe, erklärt Frau Wessel-Niepel, dass es sich

hierbei nur um Einzelfälle handeln müsse; sie bittet um konkrete Namen, damit sie diese Vorfälle konkret prüfen kann.

Seitens verschiedener Anwesender wird eingebracht, dass auch über Fortbildungsmaßnahmen in interkultureller Kompetenz für die Mitarbeiter nachgedacht werden müsse und dass auch Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in der Behörde eingestellt werden müssten, damit ein besserer Zugang zu den Kunden ermöglicht werde. Ebenso sei die Homepage überarbeitungsbedürftig.

Zu TOP 6 Kinderbetreuung/ Kindergärten/ Fortbildung unter migrationsspezifischen Aspekten

Herr Hase-Bruns gibt in Vertretung von Frau Wehrmann einen Überblick über migrationspezifische Aktivitäten in den bremischen evangelischen Kindergärten.

Für die evangelischen Kindergärten und für die Horterziehung gibt es kein verbindliches Integrationskonzept. Es gibt aber eine Konzeption für die Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder, deren Grundsätze auch auf den Bereich Migration übertragbar seien. Leitbild für diese Konzeption sei der Grundsatz: „Unterschiedlichkeit macht schlau – Gemeinsamkeit macht stark!“ Jedes Kind sei in seiner Individualität einzigartig und wert zu schätzen; im pädagogischen Handeln müsse eine Situation geschaffen werden, die ein gleichberechtigtes Miteinander ermögliche; dieser Grundsatz gelte auch für die Migrantenkinder. Jedes Kind – unabhängig von seiner sozialen Herkunft, Religionszugehörigkeit, Kultur oder vorhandenen Behinderung werde in den evangelischen Einrichtungen mit offenen Armen aufgenommen. Allerdings gebe es Einschränkungen bei der Einstellung des Personals: Die Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinschaft sei aufgrund kirchengesetzlicher Regelungen unabdingbar, so dass beispielsweise weder eine jüdische noch eine muslimische Erzieherin in einem evangelischen Kindergarten eine Anstellung finden könnte; seltene Ausnahme sei die befristete Beschäftigung von Praktikant/innen.

In der Stadt Bremen werden in über 40 evangelischen Kindergärten insgesamt 4.000 Kinder betreut, davon haben 440 Kinder (ca. 11 %) einen Migrationshintergrund, davon 220 türkisch bzw. kurdische Kinder und 65 Aussiedlerkinder. Die finanzielle Investition der evangelischen Kirche beträgt 14 % der Gesamtkosten. Die anderen 86 % werden über Elternbeiträge und kommunale Mittel gedeckt. In einigen sozial benachteiligten Stadtteilen (z.B. Tenever, Gröpelingen oder Lüssum) liege der Anteil der Migrantenkinder in den Einrichtungen bei über 40 %. Der Landesverband evangelische Kindertagesstätten ist bemüht, Integrationsarbeit in Bezug auf das Erziehungspersonal, die Migrantenkinder und deren Familien sowie in der Elternarbeit zu initiieren und zu fördern. Allerdings gebe es kein Gesamtkonzept, sondern verschiedene Einzelinitiativen, wie zum Beispiel: „Vorurteilsbewusste Erziehung“ von Kinderwelten aus Berlin, Spracherziehung im Kindergarten „Von Klein auf“ (finanziert mit Eigen- und PISA-Mitteln), weiterbildendes Studium für Erzieher/innen in Kooperation mit der Uni Bremen und dem Landesverband Ev. Kindertagesstätten (als einmaliges Projekt in Deutschland), Zusatzausbildung für Erzieher/innen im Zweitspracherwerb.

Herr Hase-Bruns beklagt den grundsätzlichen Geldmangel und die Tatsache, dass Deutschland in Bezug auf die Investitionen für die Kinderbetreuung und beim Betreuungsschlüssel im europäischen Vergleich Schlusslicht sei; selbst das sehr viel ärmere Portugal investiere erheblich mehr Mittel in die Kleinkindbetreuung und –erziehung als das reiche Deutschland.

Nach der Sprachstandserhebung, die in Bremen jetzt seit einigen Jahren für alle 4- bis 5-Jährigen durchgeführt wird, haben zwischen 30 und 40% der Kinder in den ev. Kindergärten einen Förderbedarf, wobei sowohl deutsche als auch Migrantenkinder unterstützt werden müssten.

Als gelungenes Beispiel für bestehende Migrationsarbeit nennt Herr Hase-Bruns den ev. Kindergarten in Lüssum, der im Verbund mit dem Haus der Zukunft arbeite und einen hohen Migrantenanteil aufweise; die Elternarbeit dort – Sprachkurse und Seminare über Kleinkinderziehung für Migranteneltern - würden gut angenommen.

Von einigen Anwesenden wird beklagt, dass in den evangelischen Einrichtungen keine muslimischen Erzieherinnen eingesetzt werden können.

Der Bericht über das Kinderhaus Kodakistan wird ausgesetzt, da die Referentin, Frau Azad-Aliabadi, aus Krankheitsgründen nicht anwesend sein kann.

Zu TOP 7 Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum Nationalen Integrationsplan sowie über die Sitzung der Migrations- und Integrationsbeauftragten der Länder am 25./26.10.2006

Herr Heintze berichtet, dass er als Vertreter Bremens in die Arbeitsgruppe 5 (Integration „vor Ort“) zum Nationalen Integrationsplan entsandt worden sei. Es gehe dort vornehmlich um die Weiterentwicklung der regionalen Integrationsarbeit, um Quartiersentwicklung und Quartiersmanagement. Er werde den Rat weiter informieren, sobald die ersten Sitzungen stattgefunden haben.

Am 25./26.10.2006 fand die Herbstkonferenz der Migrations- und Integrationsbeauftragten der Länder in Berlin statt. Schwerpunkte der Diskussion waren die Bewertung der integrationspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung nach dem Integrationsgipfel und die geplante Bleiberechtsregelung.

Die Integrationsbeauftragten begrüßten laut Herrn Heintze den durch die Bundesregierung mit dem Integrationsgipfel angestoßenen Prozess, der in einen Nationalen Integrationsplan münden soll. Die Beauftragten forderten, dass die bisher unterschiedlichen integrationspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung miteinander verzahnt werden. Hier seien besonders der parallel laufende Gesetzgebungsprozess zur Novellierung des Aufenthaltsgesetzes sowie die parallel laufende Erarbeitung von nationalem Integrationsplan und bundesweitem Integrationsprogramm nach § 45 Aufenthaltsgesetz zu erwähnen.

Bezogen auf die Situation lang aufhältiger Geduldeter erwarteten die Beauftragten, dass eine Regelung gefunden wird, die einem großen Teil der Personengruppe einen gesicherten Aufenthaltstitel vermittelt. Der Aufenthaltstitel muss den vollwertigen Zugang zu Ausbildung, Studium, Arbeitsmarkt und Integrationsfördermaßnahmen sicherstellen.

Zu TOP 8 Verschiedenes

- Internationale Gärten, Frau Becker

Frau Becker stellt die Idee „Internationaler Garten Bremen“ vor. Derzeit sei eine Gruppe von Engagierten auf der Suche nach geeigneten Grundstücken. Internationale Gärten gäbe es bereits in vielen Städten Deutschlands. Die große Warteliste des ähnlichen Projektes in Tenever dokumentiert einen entsprechenden Bedarf auch in Bremen. Frau Becker lädt alle Interessierten zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Kooperation mit der VHS am 24.11.2006 ein. Nähere Infos zum Projekt unter Email-Adresse ingart-bremen2@gmx.de.

- Termine

Die Preisverleihung des Bremer Förderpreises für Integration findet am 23.11.2006 um 18.30 Uhr in der Bürgerschaft, im Börsenhof A statt. Frau Senatorin Rosenkötter wird ebenfalls anwesend sein und sich dem Rat vorstellen.

Als Sitzungstermine des Bremer Rats für Integration werden vereinbart: 31.01.2007, 14.03.2007, 06.06.2007, jeweils ab 17 Uhr. Darüber hinaus wird eine Podiumsdiskussion am 19.04.2007 verabredet, zu der Vertreter aller Parteien eingeladen werden sollen.

Frau Brunken regt an, auf der nächsten Sitzung eine kleine Arbeitsgruppe zu wählen, die über das Selbstverständnis des Bremer Rats nachdenkt und Vorschläge für die Arbeit in der nächsten Legislaturperiode erarbeitet. Die Anwesenden stimmen diesem Vorschlag zu.

- Katholisches Bildungswerk stellt Deutschkurse ein/ Integrationskurse

Frau Dr. Knabe bedauert den Wegfall der Angebote des Katholischen Bildungswerkes. Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Moroff einen Brief vor, in dem der Wegfall des Kursangebotes bedauert wird. Weitere Handlungsoptionen werden nicht gesehen. Die Vertreterin des BAMF, Frau Klische, stellt diesbezüglich fest, dass auch durch den Wegfall der o. g. Angebote alle Interessierten das vorhandene Angebot der mehr als 20 Träger in Bremen nutzen können, so dass kein Engpass entstehen würde.

Zur Durchführung und Organisation der Integrationskurse in Bremen schlägt Frau Brunken eine Diskussion im Rat vor. Derzeit erfolgt die Evaluation des Integrationskurssystems. Der Evaluationsbericht wird in den ersten Monaten 2007 erwartet und soll dann Grundlage für die Befassung im Rat sein.